



**Sind wir so reich, weil
die andern so arm sind?**

Im Jockey
Club der
kenianischen
Hauptstadt
Nairobi, 1988.



Bild: Keystone, Magnum Photos, Stuart Franklin

Warum konnte Europa seit dem 18. Jahrhundert so wohlhabend werden? Liegt es an der kolonialen Ausbeutung? Oder waren andere Faktoren wichtiger? Eine wirtschaftshistorische Analyse.

Von Tobias Straumann

An Belegen, dass die Welt höchst ungleich und unfair ist, fehlt es nicht. Wer in der Schweiz geboren ist, hat grösste Chancen auf ein langes und gesundes Leben. Die Grundbildung ist kostenlos, das Leben sicher und gegen alle Widrigkeiten versichert. Schon bevor wir den ersten Schritt gemacht haben, kommen wir in den Genuss eines riesigen Startvorteils gegenüber den meisten Bewohnern dieser Erde. Ohne jede Anstrengung.

Wer hingegen in Bangladesch geboren ist, hat in der Regel ein Leben voller Unwägbarkeiten vor sich. 42 Prozent sind Analphabeten, 46 Prozent haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen, und nur die Oberschicht hat die Chance, einen Lebensstandard zu erreichen, der mit dem unsrigem vergleichbar ist. Alle anderen können sich noch so sehr anstrengen, und doch ist eine markante Verbesserung des Einkommens unmöglich.

Das Bild lässt sich verallgemeinern. Gemäss letzten Schätzungen der Weltbank lebten 2013 fast 800 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze (gemäss jüngsten Statistiken der Weltbank 1,90 US-Dollar pro Tag, kaufkraftbereinigt). Das sind elf Prozent der Weltbevölkerung. Die Hälfte dieser extrem armen Menschen sind weniger als 18 Jahre alt, 30 Prozent sind weniger als zehn Jahre alt. Umgekehrt gehören alle Schweizerinnen und Schweizer mit ihrem Einkommensniveau zu den reichsten zehn Prozent der Erde.

Warum sind die einen Länder so reich und die anderen so arm? Es ist naheliegend, das eine mit dem anderen zu verknüpfen. Es kann nicht sein, sind viele überzeugt, dass unser Wohlstand nichts zu tun hat mit der Armut der anderen. Wir haben doch nur so viel, weil die anderen so wenig haben. Wären wir grosszügiger, ginge es allen besser. Dieses Gefühl ist tief in der Alltagserfahrung verankert. Kindern wird von früh auf beigebracht, dass Teilen eine gute Sache ist und allen dient.

Die Alltagserfahrung trägt jedoch. Was wir im Kleinen beobachten, lässt sich nicht ohne weiteres auf die Weltwirtschaft übertragen. Es wird fälschlicherweise unterstellt, dass die Verteilung von Reichtum und Armut auf einem Nullsummenspiel beruhe. Reich werden könne man nur, indem man den anderen etwas wegnehme. Die Wirtschaftsge-

Die Revolution, die zu einem historisch einmaligen Anstieg des Lebensstandards führt, beginnt im England des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Bis dahin herrschte auch dort Armut.

schichte vermittelt jedoch ein ganz anderes Bild. Bis um 1800 waren alle Menschen mit Ausnahme einer sehr kleinen Herrscherschicht arm, heute leben die meisten Menschen über dem Existenzminimum. Es fand also eine Verbesserung statt, die nicht auf Kosten der Armen gegangen ist. Aus historischer Sicht ist deshalb, so verstörend dies in der heutigen Zeit auch klingen mag, nicht die Beharrlichkeit der Armut etwas Besonderes, sondern der Ausbruch aus der jahrtausendealten Armutsfalle, der vor rund 200 Jahren begann. Nur wenn wir diese Geschichte verstehen, können wir nachvollziehen, warum so viele Länder immer noch arm sind.

Die Revolution, die zum historisch einmaligen Anstieg des Lebensstandards führte, begann in England im späten 18. Jahrhundert. Bis dahin war auch dieses Pionierland arm gewesen. Gemäss den Daten des britischen Ökonomen Angus Maddison lag das jährliche Durchschnittseinkommen zu Beginn des 18. Jahrhunderts bei 1200 Dollar, wenn man es auf die heutigen Verhältnisse umrechnet – das entspricht etwa dem heutigen Niveau von Bangladesch. Noch dramatischer als in der Gegenwart waren die Gesundheitsverhältnisse. Gemäss dem Demographen Tony Wrigley betrug die Lebens-

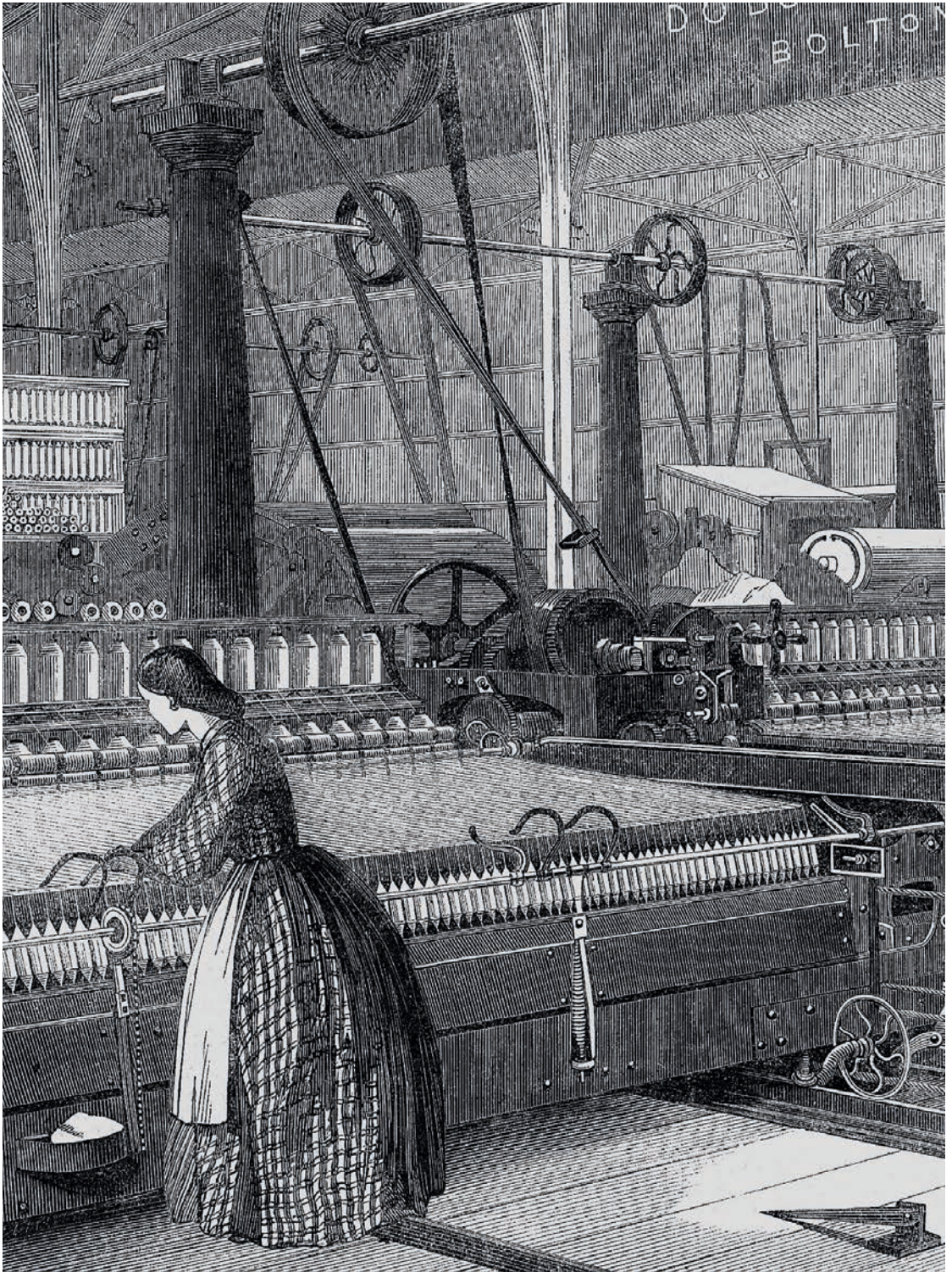
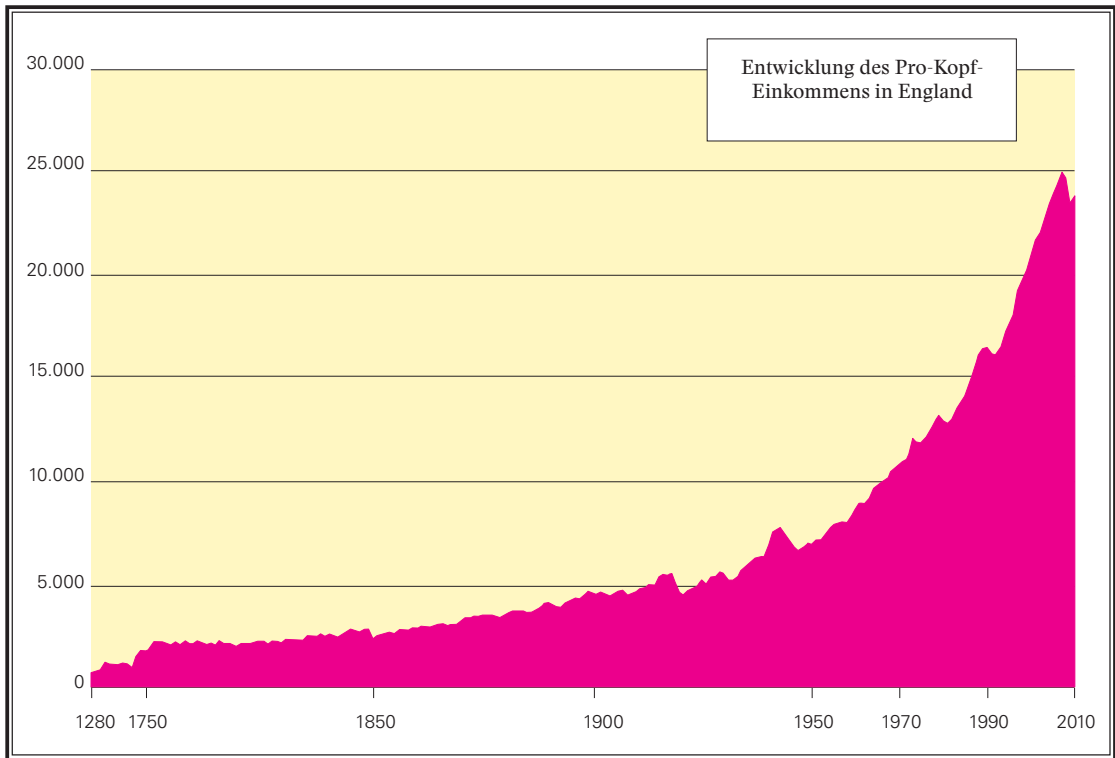


Bild: Keystone, Interfoto, Sammlung Rauch

Die Industrielle Revolution in vollem Gang: Englische Baumwollspinnerei im Jahr 1862.



Heute liegt das Pro-Kopf-Einkommen in England rund 20 mal höher als vor 300 Jahren.

erwartung bei der Geburt 40 Jahre, im Schnitt starb jedes vierte Kind, bevor es zehn Jahre alt wurde.

Die Idee, dass man dereinst aus dieser Armuts-falle ausbrechen würde, war angesichts der schwierigen Lebensumstände für die Zeitgenossen völlig undenkbar. Selbst hundert Jahre später, als sich die Verhältnisse langsam zu verändern begannen, glaubten die Menschen immer noch nicht an einen Ausweg aus der Misere. Die Erfahrung, nicht vom Fleck zu kommen, sass so tief, dass sie nicht in Frage gestellt wurde. So schrieb der englische Pfarrer und Ökonom Thomas Malthus 1798 in seinem *Essay on the Principle of Population*, er mache sich grosse Sorgen um die Ernährung der Armen. Das Problem sei, dass das Bevölkerungswachstum die Tendenz habe, schneller als die Produktivität der

Der heutige Wohlstand beruht auf der Fähigkeit einer Gesellschaft zur permanenten Innovation. Diese typisch englische Erfinderkultur lässt sich nicht so einfach von anderen Länder kopieren.

Landwirtschaft zu wachsen: «Ich behaupte, dass die Vermehrungskraft der Bevölkerung unbegrenzt größer ist als die Kraft der Erde, Nahrungsmittel für den Menschen hervorzubringen. Die Bevölkerung wächst, wenn keine Hemmnisse auftreten, in geometrischer Reihe an. Die Unterhaltsmittel nehmen nur in arithmetischer Reihe zu.»

Auch der liberale Ökonom David Ricardo, weltberühmt für seine Handelstheorie, war äusserst pessimistisch. Er sprach von einem «ehernen Gesetz», das verhindere, dass der Lohn je deutlich über dem Existenzminimum verharren könne. Seine Beobachtung: Sobald der Lohn steigt, nimmt das Bevölkerungswachstum zu, wodurch der Lohn wieder auf das Existenzminimum hinunter gedrückt wird. Damals galt in der Tat das Nullsummenspiel. In einer solchen Welt konnte man nur reich werden, wenn man die anderen besonders stark ausbeute. Die wirtschaftshistorische Forschung spricht von der «malthusianischen Falle».

Wenig später begann sich jedoch die Wirtschaft fundamental zu verändern, zuerst unmerklich, dann mit grosser Wucht. Ab 1850 nahmen in England sowohl die Bevölkerungszahl wie der Lebensstandard zu. Das Gesetz von Malthus galt zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte nicht mehr. Am Ende des 19. Jahrhunderts betrug das jährliche Durchschnittseinkommen bereits etwa 4500 Dollar. Und der Zuwachs kam keineswegs nur den oberen Zehntausend zugute, sondern auch den Arbeiterschichten. Heute beträgt das jährliche Durchschnittseinkommen in England etwa 25 000 Dollar – zwanzig Mal mehr als vor 300 Jahren. In der Schweiz liegt es sogar noch höher.

Was war geschehen? Im Kern handelte es sich um eine technisch-organisatorische Revolution in der Baumwollverarbeitung. Ende der 1760er Jahre begannen englische Techniker und Unternehmer die traditionellen Spinnräder mit neu erfundenen Spinnmaschinen zu ersetzen und die Produktion in Fabriken zu zentralisieren. Ferner vergrösserten sie mit perfektionierten Dampfmaschinen die Produktion, die sie unabhängig von der Flusskraft machten. Die Verbesserung der Eisengewinnung ermöglichte es schliesslich, die Holz- durch Metallmaschinen zu ersetzen. Mit der Zeit löste die Revolutionierung der Baumwollspinnerei eine La-

wine von technologischen Neuerungen aus, die immer weitere industrielle Branchen erfasste. Vor 1800 betrug die Rate des technischen Fortschritts weniger als 0,05 Prozent pro Jahr, ab 1850 etwa 1,5 Prozent – das heisst dreissigmal mehr.

Der heutige Wohlstand beruht also auf der Fähigkeit einer Gesellschaft zur permanenten Innovation, und das ist eine kulturelle Leistung, die nicht so leicht von anderen Ländern kopiert werden kann. So gab es im 18. Jahrhundert nirgends eine so stark entwickelte Erfinderkultur wie in England. Der Wirtschaftshistoriker Joel Mokyr hat klar nachgewiesen, dass sich nicht nur die Gebildeten für naturwissenschaftliche und technische Fragen interessierten, sondern auch Handwerker, die über keine höhere Bildung verfügten oder nicht einmal lesen und schreiben konnten. Es herrschte eine Treibhausatmosphäre, in der das permanente Ausprobieren von neuen Verfahren hohe Wertschätzung erhielt. Diese positive Einstellung zur Innovation war eine notwendige Voraussetzung für den technologischen Durchbruch des späten 18. Jahrhunderts. Der 2013 verstorbene Wirtschaftshistoriker David Landes hat deshalb von der «Erfindung der Erfindung» gesprochen. Auch die Ökonomin Deirdre McCloskey stellt die positive Einstellung gegenüber der Innovation ins Zentrum ihrer Erklärung.

Natürlich fand dieser kulturelle Wandel nicht im luftleeren Raum statt. England war im 18. Jahrhundert die aufstrebende Grossmacht Europas und führte fast permanent und meist erfolgreich Krieg gegen seine Nachbarn. Unter Königin Elisabeth I. (1558-1603) hatte zudem die koloniale Expansion begonnen, die mit der Kontrolle Bengals 1765 einen ersten Höhepunkt erreichte. England dominierte auch grosse Teile der atlantischen Ökonomie und war der grösste Sklavenhändler des 18. Jahrhunderts. Das Kolonialreich brachte die Engländer in Kontakt mit anderen Ideen und Produktionsverfahren und ermöglichte ihnen den Zugriff auf Rohstoffe, die in Europa nicht verfügbar waren. Der Welthandel führte schliesslich auch zu steigendem Wohlstand, wenn auch auf einem bescheidenen Niveau, wie wir bereits gesehen haben. Bereits vor der industriellen Revolution war das Durchschnittseinkommen höher als in anderen Ländern Euro-

pas, mit Ausnahme der Niederlande, die ebenfalls ein bedeutendes Kolonialreich besaßen.

Nur wenn man dieses Umfeld berücksichtigt, kann man auch erklären, warum die technologische Revolution zuerst in der Baumwollspinnerei stattfinden konnte. Die englischen Techniker und Unternehmer lernten von den Herstellern Indiens, wo die Baumwollverarbeitung seit Jahrhunderten hoch entwickelt war, und hatten den Anreiz, Menschen durch Maschinen zu ersetzen, weil sie nur auf diese Weise gegen die indische Importkonkurrenz bestehen konnten. Die jüngsten Arbeiten von Robert Allen, Stephen Broadberry und Bishnupriya Gupta haben die wichtige Rolle der sogenannten relativen Faktorpreise klar aufgezeigt.

Doch von den Vorteilen des Kolonialismus führt kein direkter Weg zur Erfinderkultur Englands. Auch andere Länder hatten grosse Kolonialreiche. Die Niederlande wurden bereits erwähnt, aber sie waren nicht die einzigen. Frankreich, Portugal und Spanien hatten ebenfalls Zugriff zu neuen Ideen, Rohstoffen und Verfahren, und über die ganze Zeit des transatlantischen Sklavenhandels waren nicht die Engländer, sondern die Portugiesen die grössten Sklavenhändler der Geschichte. Sie besaßen grosse Plantagen in Brasilien, die hohe Gewinne abwarfen, und hatten Zugriff zu Goldminen. Dennoch fand in Portugal keine eigenständige industrielle Revolution statt. Dasselbe gilt für Imperien wie China, das Osmanische Reich oder Russland, die über enorme Ressourcen verfügten, aber nicht in der Lage waren, mittels Maschinen und Fabriken aus der jahrtausendealten Armutsfalle auszubrechen. Der Historiker Kenneth Pomeranz behauptet, China sei im späten 18. Jahrhundert nur deswegen von England überholt worden, weil es kein überseeisches Kolonialreich besessen habe und seine Kohlevorkommen zu weit weg von den gewerblichen Zentren am Jangtse-Delta entfernt waren. Das mag sein, aber wie der Wirtschaftshistoriker Peer Vries zu Recht moniert hat, lässt sich damit nicht erklären, warum englische Erfinder im 18. Jahrhundert revolutionäre Verfahren für den Kohleabbau, die Eisenherstellung und die Baumwollspinnerei entwickelten.

Es mag auch richtig sein, dass es in England einen stärkeren Anreiz gab, Menschenkraft durch

Maschinen zu ersetzen, weil die Löhne etwas höher waren als in Frankreich, Portugal oder Spanien. Aber die Erfindungen fielen nicht einfach vom Himmel, nur weil es für die englischen Unternehmer einen Anreiz zur Kostensenkung gab. Die Löhne in den Niederlanden waren genauso hoch wie in England, und trotzdem sehen wir dort keine Innovationen in der Baumwollverarbeitung. Kurz, man kommt nicht umhin anzuerkennen, dass die industrielle Revolution im Kern ein kultureller Vorgang war, und weil Kultur an spezifische historische Bedingungen geknüpft ist, lässt sich das Erfolgsrezept nicht so einfach auf andere Länder und Weltregionen übertragen.

Woher die spezifische Erfinderkultur Englands kam, ist äusserst schwer zu erklären. Eine Rolle hat sicher der konfessionelle Hintergrund gespielt. Die englische Krone sagte sich im 16. Jahrhundert vom Papst los und gründete eine eigenständige Konfession, den Anglikanismus, die mehr auf das Diesseits ausgerichtet ist als der Katholizismus. Zudem lebten in England viele Calvinisten, die gemäss dem Soziologen Max Weber wirtschaftlich besonders erfolgreich waren. Die konfessionelle Kluft prägt bis heute die europäische Wirtschaft. Die protestantisch geprägten Länder sind im Durchschnitt deutlich reicher als die katholischen.

Allerdings gilt auch die umgekehrte Kausalität. Viele Gebiete, die sich von Rom lösten oder lösen wollten, waren für die damaligen Verhältnisse bereits wirtschaftlich hoch entwickelt – zum Beispiel Brabant, Flandern und Holland, die atlantischen Häfen Frankreichs oder einige Stadtkantone (Basel, Zürich) und reformierte zugewandte Orte (Genf, St.Gallen) der Eidgenossenschaft. Treiber dieser Bewegung war das städtische Bürgertum, das kraft seiner wirtschaftlichen Macht über die militärischen Mittel verfügte, um im Konfessionskrieg zu bestehen. Die Städte waren auch Orte der Bildung und intellektuellen Suche nach Neuem. Bereits im Hochmittelalter gab es einen engen Zusammenhang zwischen Urbanisierung, Bildung und Wohlstand, wie der Wirtschaftshistoriker Jan Luiten van Zanden anhand der Buch- und Manuskriptproduktion statistisch nachgewiesen hat. Vor diesem Hintergrund war die Reformation





Die Stadt als Treiber des Fortschritts: Ein dampfbetriebener Autozug fährt im Jahr 1909 durch die Strassen von London.



Baumwollplantage in den USA, um 1890.

ten und die Finanzpolitik zu ordnen. Das durch Adel und Klerus besetzte französische Parlament konnte nur über die Einnahmen entscheiden, der König behielt jedoch das Recht, Geld nach seinem Gutdünken auszugeben. Dieser ungelöste institutionelle Widerspruch führte wiederholt zu Staatsbankrotten und schliesslich 1789 zur gewaltsamen Revolution. Der König brauchte mehr Einnahmen, erhielt aber keine Erlaubnis vom Parlament, worauf der König glaubte, mithilfe des Dritten Standes den renitenten Adel und Klerus zum Einlenken zwingen zu können. Als alle drei Stände in Versailles versammelt waren, hatten die Vertreter des Dritten Standes freilich wenig Inter-

nicht nur Beschleuniger, sondern auch Symptom einer Entwicklung, die bereits einige Jahrhunderte zuvor in Gang gekommen war.

Mit dem Protestantismus allein lässt sich die Innovationskultur Englands also nicht erklären. Einige Historiker haben deswegen auf die institutionelle und politische Stabilität im 18. Jahrhundert verwiesen. In dieser Hinsicht wies England in der Tat eine Besonderheit auf. Seit der friedlich verlaufenden «Glorious Revolution» von 1688 war nämlich entschieden, dass nicht mehr die Krone, sondern das Parlament das stärkste Machtzentrum war. Dadurch war es in der Lage, sowohl Einnahmen wie Ausgaben des Königs zu kontrollieren und ohne Bankrott die zahlreichen Kriege zu finanzieren. Dank dieser Stabilität sank das Zinsniveau im 18. Jahrhundert von 14 auf drei Prozent, was positive Auswirkungen auf den gesamten Kreditmarkt hatte. Dieses Umfeld war zweifellos günstig für die Entstehung von Innovationen und Investitionen.

Wie wichtig die politische und wirtschaftliche Stabilität war, wird auch aus einem Vergleich zwischen England und Frankreich deutlich. Dort gelang es nicht, die Krone auf friedliche Weise zu entmach-

esse an der Traktandenliste des Königs, sondern schafften gleich die ganze alte Ordnung ab.

Es gab noch weitere Bedingungen für den englischen Erfolg, etwa die Agrarverfassung und die Absenz von Zünften. Man braucht sie allerdings nicht alle im Detail zu kennen, um zu verstehen, warum nicht alle Länder das englische Rezept imi-

Es gab nur drei Nachzügler, die im 20. Jahrhundert den Anschluss an den industrialisierten Westen mit Verzögerung schafften: Japan, Südkorea und Taiwan.

tieren konnten. Nicht einmal das hochentwickelte China schaffte es, rechtzeitig auf die Herausforderung der industriellen Revolution zu reagieren. Als eine englische Delegation 1792 zum chinesischen Kaiser nach Beijing reiste, um Handelsbeziehungen anzubahnen, stiess sie auf taube Ohren. Die 600 Kisten voller wissenschaftlicher Instrumente, Teppiche, Wollsachen, Messer oder Glasplatten beeindruckten die Chinesen nicht. «Wir haben schon alles», schrieb Kaiser Qianlong dem englischen König George III. «Wir haben raffinierte Artikel nie geschätzt, noch haben wir den geringsten Bedarf an den Erzeugnissen Eures Landes.» Qianlong erkannte nicht, was auf China zukam. Auch sein Nachfolger reagierte ablehnend, als 1816 eine weitere englische Delegation vorsprach. Nur die westeuropäischen und nordamerikanischen Länder, die eine ähnliche Tradition und Kultur wie England hatten, verfügten über die Fähigkeit, schnell auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

Im 20. Jahrhundert hat sich wenig an dieser Tatsache geändert. Nur Japan und mit Verzögerung auch Südkorea und Taiwan schafften es in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, zum Wohlstandsniveau des Westens aufzuschliessen. Erfolgreiche Entwicklung bleibt weiterhin die Ausnahme, das Verharren in der Armut die Regel. Und wenn man das Erfolgsrezept der drei Länder genauer studiert, kann man nur zum Schluss kommen, dass sich in der näheren Zukunft kaum etwas daran ändern wird. Es bedurfte nämlich einer überdurchschnittlich klugen Wirtschaftspolitik. Sie umfasste drei Elemente: Entmachtung der feudalen Elite und Verteilung des Landes an die Bauern, marktorientierte Förderung der Exportindustrie und staatliche Kontrolle des Bankensektors.

Die Agrarreform war deshalb so wichtig, weil ohne Ausschaltung der feudalen Landelite der politische Weg für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft versperrt gewesen wäre. Wie das



Schwieriger Ausbruch
aus der Armutsfalle:
Gambia im Jahr 1991.

Eine staatlich gelenkte Industrialisierung war die einzige Möglichkeit, zum Westen aufzuschliessen. Dazu gehörte auch der temporäre Schutz der einheimischen Wirtschaft gegen die englische Konkurrenz.

Beispiel Lateinamerikas zeigt, sind Grossgrundbesitzer mehrheitlich skeptisch gegenüber einer starken Verwaltung, der Alphabetisierung und dem Rechtsstaat eingestellt. Sie sind sich gewohnt, ihr Gebiet nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu dominieren. Wirtschaftshistoriker haben quantitativ nachweisen können, dass Grossgrundbesitz, tiefe Alphabetisierungsrate und schwache staatliche Institutionen miteinander zusammenhängen. Auch ökonomisch war die Landreform von grosser Bedeutung. Die Verteilung des Landes an die Bauern führte zu einer Erhöhung der arbeitsintensiven Bereiche der Landwirtschaft. Dies erhöhte die Nachfrage nach gewerblichen Produkten und stabilisierte die Beschäftigung auf dem Lande.

Das zweite Element war die Förderung der Industrie. Anders als die Sowjetunion oder einige lateinamerikanische Länder, die ihren Markt von der ausländischen Konkurrenz abschotteten, setzten die nordostasiatischen Regierungen auf eine gute Mischung von Staatsunterstützung und Markt. Der Staat erleichterte den Zugang zu günstigen Krediten, gab temporären Zollschutz für neue Industriezweige und half den Firmen, ausländische Technologien zu erwerben, doch er setzte nie den Wettbewerb ausser Kraft. Sobald eine Industrie eine gewis-

se Reife erlangte, fielen die Schutzzölle weg, dafür kamen andere Branchen, die sich im Aufbau befanden, in den Genuss eines temporären Schutzes. So gelang es, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die staatliche Kontrolle des Finanzsektors – das dritte Element – hing unmittelbar mit dem zweiten zusammen. Die Banken befanden sich zwar in privatem Besitz, aber sie wurden angewiesen, ihre Kredite in die produktiven industriellen Branchen zu lenken, um damit die Exportoffensive zu unterstützen. Der Staat förderte auch das Sparen der privaten Haushalte, um eine Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu verhindern. Damit blieben diese Länder abgeschirmt von den Launen der internationalen Finanzmärkte und konnten ihre Industrialisierungsstrategie ungestört verfolgen.

Natürlich hat diese Strategie nicht nur Probleme gelöst, sondern auch neue geschaffen. Die enge Verknüpfung von Staat, Bankensektor und Exportwirtschaft hat zu einem Filz geführt, der korruptionsanfällig ist und kaum mehr aufgebrochen werden kann. Die grossen Konglomerate – in Japan die Keiretsu und in Südkorea die Chaebols – dominieren die Wirtschaft und drücken die kleineren Unternehmen an die Wand, die für Wettbewerb und frischen Wind sorgen könnten. Dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die gelenkte Industrialisierung die einzige Möglichkeit war, zum Westen aufzuschliessen. Schon im frühen 19. Jahrhundert hat der deutsche Ökonom Friedrich List die Nachzügler dazu aufgefordert, ihre Wirtschaft temporär gegen die englische Konkurrenz zu schützen, um die eigenen «produktiven Kräfte» fördern zu können. Der Name Lists wird von asiatischen Ökonomen entsprechend hochgehalten, sogar mehr als in seinem Heimatland.

Manche Historiker haben versucht, den Erfolg Nordostasiens durch den Kalten Krieg zu relativieren. Japan, Südkorea und Taiwan hätten davon profitiert, dass die USA ihren Markt öffneten (ohne eine volle Liberalisierung auf der Gegenseite zu fordern) und grosse Summen an Militärhilfe transferierten, was das Wachstum ankurbelte und den Staatshaushalt der Länder entlastete. Dies war zweifellos wichtig, aber nicht entscheidend. Es gab ja auch andere Länder in der Region, die mit den USA verbündet waren und besonderen Schutz ge-



Förderung der produktiven
Käfte: Telegrafbau
in Deutschland an
Silvester 1919.

nossen, aber doch kein Wirtschaftswunder schaffen: Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand. Es ist wie mit dem Kolonialismus und der industriellen Revolution: Äussere Umstände können günstige Bedingungen schaffen, aber sie erklären nicht den Kern des Erfolgs.

Eine weitere populäre Erklärung unterstreicht die Bedeutung des Klimas. Japan sei erfolgreich gewesen, weil diese Region wie Europa und Nordamerika zur gemässigten Zone gehöre. Die Übereinstimmung ist tatsächlich verblüffend. Zudem lässt sich die Erklärung gut mit den Forschungen des Evolutionsbiologen Jared Diamond verbinden, der auf überzeugende Weise gezeigt hat, wie topographische Verhältnisse und die unterschiedliche Ausstattung mit Nutzpflanzen und -tieren die Entwicklung der verschiedenen Weltregionen in der Frühzeit geprägt haben. Die ersten Zivilisa-

tionen sind nicht zufällig im fruchtbaren Halbmond oder in Nordchina entstanden. Aufbauend auf dieser Vorgeschichte hat der Archäologe Ian Morris die ganze Wirtschaftsgeschichte der letzten 2000 Jahre zu erklären versucht.

Doch bei der klimatischen Erklärung besteht dasselbe Problem wie beim geopolitischem Argument: Der Faktor ist relevant, aber es gibt zu viele Gegenbeispiele, um darauf eine allgemeine Theorie aufzubauen. Russland liegt ebenfalls in der gemässigten Zone, aber gerade hier fand nie eine erfolgreiche Entwicklung statt. Der industrielle Erfolg der Sowjetunion beeindruckte eine Zeit lang Freund und Feind, aber er hat den Test der Zeit nicht bestanden. Das Land lebt heute fast nur von seinen Rohstoffen. Zudem existieren seit dem frühen 20. Jahrhundert elektromechanische Klimaanlagen für industrielle Betriebe. Sie erleichterten



Wohlstand und Fortschritt auf chinesische Art:
Shanghai im Jahr 2010.

Selbst in Afrika südlich der Sahara, wo die Hälfte der Ärmsten lebt, ist eine Wende zu Besseren eingetreten. Und früher oder später wird auch dieser Kontinent aus der Armutsfalle ausbrechen.

zum Beispiel die Industrialisierung des heissfeuchten Südens der Vereinigten Staaten und Taiwans. Auch in Südostasien kamen sie nach dem Zweiten Weltkrieg zu Einsatz. Dennoch gelang hier die nachholende Entwicklung nur unzureichend. Offensichtlich fehlten dieser Region die kulturellen und institutionellen Voraussetzungen.

Angesichts der geringen Aussicht auf eine erfolgreiche nachholende Entwicklung könnte man leicht in Melancholie verfallen. Aber das Glas ist halbvoll, nicht halbleer. Wohl haben nur wenige Länder ganz zum Westen aufschliessen können, aber der Ausbruch aus der Armutsfalle ist durchaus möglich. Die eingangs zitierte Weltbankstudie stellt fest, dass der Anteil der Menschen, die weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben, zwischen 1990 und 2013 von 35 auf 11 Prozent gesunken ist, also von 1,85 Mrd. auf 767 Mio. Menschen. Das ist ein historisch beispielloser Erfolg.

Dahinter steckt zu einem grossen Teil der Erfolg der Volksrepublik China, die ganz offen versucht, das nordostasiatische Erfolgsrezept zu imitieren. Die Liberalisierung ist bisher stets kontrolliert erfolgt. Firmen, die in China investieren, werden dazu gezwungen, in die Ausbildung zu investieren, Lehrlingsplätze zur Verfügung zu stellen

und das Knowhow zu teilen. Die Finanzierung der Industrialisierung läuft über das staatliche kontrollierte Bankensystem, das auf die einheimischen Spargelder zurückgreift und so die Abhängigkeit von ausländischem Kapital vermeidet. Auch die Tatsache, dass China immer noch eine Diktatur ist, erinnert an die Geschichte Japans, Südkoreas und Taiwans. In Japan dominierte jahrzehntelang die Liberaldemokratische Partei ohne jede Konkurrenz, Südkorea und Taiwan wurden bis Ende der 1980er Jahre autoritär regiert. Erst Ende der 1980er Jahre und in den frühen 1990er Jahren setzte sich die Demokratie durch. Das Durchschnittseinkommen Chinas liegt heute bereits bei etwa 15 000 Dollar (kaufkraftbereinigt) – vor vierzig Jahren betrug es noch weniger als 1000 Dollar. Auch Indien hat grosse Fortschritte erzielt und dürfte über die Zeit die Armut im eigenen Land zum Verschwinden zu bringen. China und Indien machen zusammen 36 Prozent der Weltbevölkerung aus.

Selbst in Afrika südlich der Sahara, wo heute 50 Prozent der extrem Armen leben, ist eine Wende zum Besseren eingetreten, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der Kontinent nicht früher oder später einmal aus der Armutsfalle ausbrechen wird. Dass es länger dauert als in Ostasien, ist nicht schwer zu erklären. Afrika südlich der Sahara war schon vor fünfhundert Jahren relativ arm. Es gab keine grösseren Städte, wenig wirtschaftliche Arbeitsteilung und keine starken staatlichen Strukturen. Der Grund dafür war, dass das Verhältnis zwischen Land und Bevölkerung genau umgekehrt war im Vergleich zu Westeuropa und Ostasien. Hier bestand eine hohe Bevölkerungsdichte, Land war sehr knapp. Dadurch hatten die Landbesitzer genügend Arbeitskräfte, um intensive Landwirtschaft zu betreiben. Dies wiederum erforderte komplizierte staatliche Institutionen und ermöglichte das Wachstum der Städte. In Afrika südlich der Sahara hingegen war Land im Überfluss vorhanden, weil das Bevölkerungswachstum wegen der zahlreichen Krankheiten nie eine gewisse Schwelle überschreiten konnte. Die adäquate Bewirtschaftung bestand in der extensiven Nutzung des Landes. Dafür benötigten die Bauern kaum staatliche Strukturen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche nachholende Entwicklung nötig wären.

Die Kolonialzeit hat die staatlichen Institutionen zweifellos gestärkt, dafür aber andere Probleme geschaffen. Die willkürliche Ziehung der Grenzen hat es vielen Ländern verunmöglicht, über längere Zeit politische Stabilität aufrecht zu erhalten. Ähnlich wie in Lateinamerika nach der Unabhängigkeitswelle des frühen 19. Jahrhunderts haben in Afrika seit den 1960er Jahren überdurchschnittlich viele Kriege und Bürgerkriege stattgefunden. Das verunmöglicht wirtschaftliche Entwicklung von vorneherein. In Lateinamerika hat es rund fünfzig Jahre gedauert, bis friedliche Verhältnisse zurückkehrten. In Afrika ist dies noch nicht überall der Fall, aber die Lage hat sich immerhin seit den frühen 1990er Jahren stark verbessert.

Nicht zuletzt deshalb ist auch das Wirtschaftswachstum in Afrika während der vergangenen zwanzig Jahre überdurchschnittlich verlaufen. Ein anderer Grund ist, dass sich das jahrhundertealte Verhältnis zwischen Boden und Bevölkerung grundlegend verändert hat, wieder Afrikahistoriker Gareth Austin beobachtet. Wegen des starken Bevölkerungswachstums der letzten Jahrzehnte sei Boden neuerdings nicht mehr im Überschuss vorhanden, wodurch sich die Faktorpreise und Anreizstrukturen stark verändert hätten. Es stünden nun genügend Arbeitskräfte für eine intensive Landwirtschaft und eine Industrialisierung zur Verfügung, was wiederum Investitionen in die Ausbildung lohnend mache. Austin ist deswegen zuverlässiger als je zuvor, was die wirtschaftliche Zukunft des Kontinents anbelangt.

Mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse in Afrika dürfte auch die Theorie, wonach unser Reichtum auf der Armut der anderen beruhe, an Terrain verlieren. Eigentlich hat sie bereits durch den Aufstieg Chinas und Indiens an öffentlichem Rückhalt verloren, denn die beiden Länder haben ihre wirtschaftliche Situation verbessert, ohne dass der Westen ärmer geworden wäre. Das neue Buch des Ökonomen Branko Milanovic (*Die ungleiche Welt*) hat ferner gezeigt, dass die globalen Unterschiede der Einkommen in jüngster Zeit erstmals seit Beginn der industriellen Revolution abgenommen haben. Die Welt mag immer noch höchst ungleich und unfair sein, aber noch nie bestand so viel Anlass zur Zuversicht. |G|



Tobias Straumann, Prof. Dr., Jahrgang 1966, ist Wirtschaftshistoriker und lehrt an den Universitäten Basel und Zürich.



Weiterführende Literatur

- Robert C. Allen: *The British Industrial Revolution in Global Perspective*. Cambridge University Press 2009.
- Gareth Austin: *Resources, techniques and strategies south of the Sahara: revising the factor endowments perspective on African economic development. 1500-2000*. *Economic History Review* 61, 2008, S. 587-624.
- Stephen Broadberry / Bishnupriya Gupta: *Lancashire, India and Shifting Competitive Advantage in Cotton Textiles, 1700-1850: The Neglected Role of Factor Prices*. *Economic History Review*, 62 (2009), S. 279-305.
- David Landes: *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind*. Siedler, Berlin 1999.
- Deirdre McCloskey, *Bourgeois Dignity: Why Economics Can't Explain the Modern World*. University of Chicago Press 2010.
- Branko Milanovic: *Die ungleiche Welt: Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016.
- Joel Mokyr, *A Culture of Growth: The Origins of the Modern Economy*. Princeton University Press, 2016.
- Kenneth Pomeranz: *The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*. Princeton University Press, 2000.

**Nichts ebnet grosse Wohlstandsunterschiede
stärker ein als Kriege, Seuchen und Revolutionen.**

Gewalt macht gleich

Nicht nur die Ungleichheit zwischen, sondern auch innerhalb der Länder ist seit Jahren ein wichtiges Forschungsthema. Grosse Aufmerksamkeit erhielt es jedoch erst durch das Buch von Thomas Piketty («Kapital im 21. Jahrhundert»), der anhand von Steuerdaten die grossen Trends der letzten 200 Jahre aufzeigen konnte. Die Brexit-Abstimmung und die Trump-Wahl haben dem Thema nun auch neue politische Brisanz verliehen. Die Fakten werden kaum bestritten. Seit den 1980er Jahren hat die Ungleichheit der Einkommen stark zugenommen, allen voran in den angelsächsischen Ländern. Hauptverantwortlich ist der rasante Anstieg beim obersten Prozent. Die neuen Vergütungsmodelle der Finanzbranche, aber auch die grossen Erfolge von Startups im IT-Sektor haben die Einkommen der obersten Wirtschaftselite enorm erhöht. Gleichzeitig haben die untersten Einkommen stagniert oder sind je nach Land sogar zurückgegangen. Auch die unteren Mittelschichten haben in den letzten Jahrzehnten an realem Einkommen verloren. Die Schweiz ist eine Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Hier haben die untersten Einkommensklassen zulegen können, während die Mittelschichten erstaunlich stabil geblieben sind.

Auch die unmittelbaren Gründe für die jüngsten Entwicklungen sind einigermassen klar. Die Kompression der Einkommen von den 1930er bis zu den 1970er Jahren hatte mit der Häufung von Kriegen und Krisen in der ersten Jahrhunderthälfte zu tun. Vor allem der Zweite Weltkrieg führte zu einer starken Erhöhung der progressiven Einkommenssteuern. In den angelsächsischen Ländern lag der Spitzensteuersatz am Ende des Krieges bei über 90 Prozent, und er blieb zwei Jahrzehnte so hoch, weil die Staaten gezwungen waren, die hohen Staatsschulden abzubauen. Als die Schulden auf ein erträgliches Mass reduziert waren und der Widerstand gegen das Weiterbestehen der Kriegssteuern immer stärker wurde, begannen die Regierungen sukzessive den Spitzensteuersatz zu senken. In den USA war es Lyndon B. Johnson, ein Demokrat und Befürworter eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates, der die Trendwende in den 1960er Jahren einleitete. Ronald Reagan setzte weitere Senkungen durch. In Grossbritannien beendete Margaret Thatcher das Steuerregime des Zweiten Weltkriegs. Sie reduzierte den Spitzensteuersatz in drei Schritten von 98 auf 40 Prozent.

Die tiefer liegenden Gründe sind jedoch weitgehend im Dunkeln geblieben. Die Senkung der progressiven Einkommenssteuern hat wohl mit den veränderten Präferenzen der Wähler und Parteien zu tun, aber damit ist nichts wirklich erklärt. «The Great Leveler», das neue Buch von Walter Scheidel, einem angesehenen Althistoriker, der an der Universität Stanford lehrt, ist des-

halb höchst willkommen. Es ist der erste Versuch, die grossen Trends von Einkommen- und Vermögensungleichheit zu erklären. Scheidel ist vor allem an der Frage interessiert, welche Faktoren jeweils zur Minderung der Ungleichheit geführt haben. Seine langfristig angelegte Untersuchung führt ihn zu einem unorthodoxen Ergebnis. Zunächst stellt er fest, dass menschliche Gesellschaften, seit sie sesshaft wurden, keinerlei natürlichen Drang zur friedlichen Senkung der Ungleichheit gezeigt hätten. Theoretisch gäbe es durchaus institutionelle Möglichkeiten, die Früchte der Arbeit gerecht zu verteilen. In der Praxis habe die gesellschaftliche Entwicklung aber genau den gegenteiligen Effekt gehabt: Die Domestizierung von Nahrungsmittelquellen hat auch die Menschen domestiziert. Als nächstes beobachtet Scheidel, dass die Ungleichheit immer nur durch gewaltsame Ereignisse reduziert wurde. Er unterscheidet vier Typen von Ereignissen und nennt sie in Anlehnung an die Bibel «die vier Reiter der Apokalypse»: Kriege mit massenmobilisierten Armeen, durchschlagende Revolutionen, Zusammenbrüche von Staaten und tödliche Seuchen. Kurze Kriege oder gewaltlose Staatsstriche genügen also nicht. Nur historische Grossereignisse, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf brutale Weise verändern, haben zu einer Verringerung der Ungleichheit geführt: die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, die Russische Revolution, der Zusammenbruch des Römischen Reiches oder die Pest des 14. Jahrhunderts. Allerdings nahm die Ungleichheit dann bei solchen gewaltsamen Kata-



«Die vier apokalyptischen Reiter»: Zusammenbruch eines Staates (Untergang Roms, o., I.), tödliche Seuchen (Pestopfer 1720 in Marseille, u. I.)...

Nicht die relative Ungleichheit ist das Problem, sondern das absolute Niveau der untersten Schichten.



...durchschlagende Revolutionen (Petrograd 1917, o. r.) und Kriege mit Massenarmeen (zerstörtes Berlin 1946, u. r.).

strophen nur deswegen ab, weil die oberen Einkommens- und Vermögensschichten verarmten, nicht weil die untersten Klassen plötzlich besser gestellt worden wären. Noch viel wichtiger ist die Erkenntnis, dass sich die Reduktion der Ungleichheit stets als vorübergehendes Phänomen erwiesen hat. Wie die Einkommensungleichheit in jüngster Zeit wieder zugenommen hat, weil die Wirkung des Zweiten Weltkriegs zurückging, ist oben bereits beschrieben worden. Die Sowjetunion ist anfangs der 1990er Jahre untergegangen, auch die neu gebildeten Territorialreiche nach dem Ende Roms wiesen bald wieder dieselbe Ungleichheit auf, und die Bevölkerungsverluste als Folge der Pest waren hundert Jahre später bereits wieder ausgeglichen, worauf sich die alten Ungleichheitsverhältnisse schnell wieder einstellten. Auf-

grund dieser Erkenntnisse ist Scheidel skeptisch gegenüber Gleichheitsutopien, welche die historische Erfahrung ignorieren. Gleichzeitig stellt er mit Befriedigung fest, dass es dem Westen im 20. Jahrhundert gelungen ist, das Los der Unterschichten enorm zu verbessern, ohne dass man zu gewaltsamen Methoden bei der Bekämpfung der Ungleichheit schreiten musste. Vielleicht ist dies die wichtigste politische Botschaft des Buches: Nicht die relative Ungleichheit innerhalb eines Landes ist das grösste Problem, sondern das absolute Niveau der ärmeren Schichten. Damit landet man wieder bei der alten Frage, die sich schon Adam Smith gestellt hat: Warum sind einige Länder ärmer als andere? Tobias Straumann |G|